

PROTOKOLL

über die Sitzung des **Gemeinderates** am **DIENSTAG, 15. September 2015**

Ort: Gemeindeamt Rossatz, Sitzungssaal

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

TAGESORDNUNG:

- 1.) Angelobung neues Gemeinderatsmitglied
- 2.) Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
- 3.) Neubesetzung der Referate
- 4.) Letzter Kassabericht
- 5.) Sanierung Marterl
- 6.) Resolution TTIP
- 7.) Bestandsvertrag via donau - Rollfähre-Wartehäuschen Arnsdorf
- 8.) Weltkulturerbe-Antrag Wachaulimes
- 9.) Schulstarthilfe 2015/2016
- 10.) Vergabe Ehrenzeichen (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)
- 11.) Bericht und Anfragen

Anwesend waren: Bgm. Polz Erich als Vorsitzender und folgende Mitglieder des Gemeinderates:
ÖVP: Vizebgm. Hirnschall Hedwig, GGR Bergkirchner Josef, GGR Thumhart Josef, GR Kienast Helga, GR König Alfred, GR Polz DI Peter (ab TOP 7.), GR Patricia Schoissengeyer, GR Toifl Christoph, GR Sigl Ing. Heinrich.
SPÖ: GGR Weiß Erich, GGR Hutschala Sandra, GR Bamberger-Arleth Ing. Andreas, GR Ertl Heinrich, GR Hubmaier Erich, GR Hubmaier Johanna, GR Linke Mag. Barbara.
FPÖ: Donnemiller Hermann

Entschuldigt: GR Grasser DI Gerhard (ÖVP);

Schriftführer: Sekr. Robert Schütz

Der Bgm. eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates sowie die ZuhörerInnen und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

1.) ANGELOBUNG EINES NEUEN GEMEINDERATES

Sachverhalt:

Der Bgm. berichtet, dass GR Heinrich Ertl schriftlich bekannt gegeben hat, dass er am 30.06.2015 seine Funktion als Gemeinderat zurücklegt. Von der SPÖ-Fraktion wurde daraufhin Sabine Weingart aus Rossatzbach 45 als neues Mitglied nominiert.

Nachdem Sabine Weingart nicht innerhalb von drei Tagen schriftlich verzichtet hat, soll sie heute angelobt werden.

Der Bgm. verliest anschließend die Gelöbnisformel gemäß § 97 Abs. 2 der NÖ Gemeindeordnung und Sabine Weingart gelobt, sich an die darin angeführten Pflichten zu halten.

2.) GENEHMIGUNG DES PROTOKOLLS DER LETZTEN SITZUNG

Der Bgm. sagt, dass das Protokoll von der letzten Sitzung (23.06.2015) jedem Gemeinderatsmitglied mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugestellt wurde.

Da es keine Einwände gegen das Protokoll gibt, gilt dieses als genehmigt.

3.) NEUBESETZUNG DER REFERATE

Sachverhalt:

Der Bgm. sagt, dass, nachdem Heinrich Ertl aus dem Gemeinderat ausgeschieden ist, auch die Besetzungen in den einzelnen Referaten geändert werden müssen.

Lt. Vorschlag der SPÖ-Fraktion würden sich folgende neue Zusammensetzungen ergeben:

WASSER - KANAL: Erich Weiß statt Heinrich Ertl
KULTUR-SPORT-SPIELPLÄTZE (VA-Halle): Sabine Weingart statt Ertl Heinrich
SCHULE-KINDERGARTEN-BAU-FRIEDHOF: Sabine Weingart statt Erich Weiß
CAMPING-TOURISMUS: Sabine Weingart statt Heinrich Ertl

Antrag des Gemeindevorstandes :

Der Gemeinderat möge die vorstehenden Änderungen in den verschiedenen Ausschüssen beschließen.

Beschluss:

Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4.) LETZTER KASSABERICHT

Sachverhalt:

Der Bgm. berichtet, dass am 31. August 2015 eine unangesagte Kassaprüfung stattgefunden hat und er ersucht den Obmann des Prüfungsausschusses GR Hubmaier Erich den Bericht zu verlesen.

Überprüfungszeitraum war vom 1. April bis 30. Juni 2015 und es wurden keine Mängel festgestellt.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge den Bericht über die Kassaprüfung vom 31. August 2015 in der vorliegenden Form beschließen.

Beschluss:

Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5.) SANIERUNG MARTERL

Sachverhalt

Der Bgm. sagt dazu, dass von der Fa. Hadeyer und der Fa. Kiss Angebote für die Sanierung der Marterl im Gemeindegebiet (12 + Buswartehäuschen Rührsdorf) Angebote eingeholt wurden. Diese wurden auch in der Bauausschusssitzung am 26.05.2015 bereits durchbesprochen und die Marterl sollen in 3 Jahresetappen saniert werden.

Das Angebot der Fa. Hadyer lautet auf € 30.530,-- exkl. MWSt.

das Angebot der Fa. Kiss auf -5% € 24.467,25 exkl. MWSt.

Heuer sollen das Marterl beim Haus Topitz und das Buswartehäuschen in Rührsdorf saniert werden (€ 8.110.--) und die restlichen Marterl in den Folgejahren.

GR Kienast ersucht in diesem Zusammenhang, dass bei Erich Pummer, der das Bild aus dem Marterl beim Friedhof Rossatz renoviert, nachgefragt werden soll, wann das Bild fertiggestellt wird.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge beschließen, den Auftrag für die Marterlsanierung an die Fa. Kiss aus Mautern zum Preis von € 24.467,25 exkl. MWSt. zu erteilen.

Beschluss:

Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6.) RESOLUTION TTIP

Sachverhalt

Der Bgm. berichtet, dass vom Gemeinde- und Städtebund ein Resolutionsentwurf betr. TTIP "Transatlantischen Handels-und Investitionsabkommen" eingelangt ist und es soll vom Gemeinderat folgender Beschluss gefasst werden:

RESOLUTION:

Resolution — TTIP und ISDS sind demokratiepolitisch inakzeptabel

Handels- und Investitionsabkommen hatten immer schon direkte Auswirkungen auf das alltägliche Leben der einzelnen Bürgerinnen, Arbeitnehmerinnen und Konsumentinnen. Trotzdem will die Europäische Kommission entsprechende Verhandlungen hinter verschlossenen Türen führen. Gewerkschaften und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft wurden hingegen nicht aktiv an Verhandlungen beteiligt. Das gilt insbesondere für die laufenden Verhandlungen zwischen der EU

und den USA zum „Transatlantischen Handels-und Investitionsabkommen (TTIP)“, das bisher umfangreichste Vorhaben dieser Art.

Aufgrund des großen Handelsvolumens zwischen der EU und den USA würde dieses Abkommen die weltgrößte Freihandelszone schaffen. Gleichzeitig würde das Abkommen nicht nur traditionelle Marktzugangsvorschriften umfassen, sondern auch Investitionsschutz, Dienstleistungen, öffentliche Auftragsvergabe, nichttarifäre Handelshemmnisse und handelsbezogene Regelungen umfassen. Aufgrund seiner Größenordnung erregt dieses Abkommen noch nie dagewesene Aufmerksamkeit. Ein besonders heikles Kapitel des geplanten Abkommens ist das sogenannte „Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren (ISDS)“. ISDS bietet ausländischen Investorinnen die Möglichkeit, Staaten, in denen sie investiert haben, bei internationalen, aber geheimen Schiedsgerichten, zu klagen. Damit können sie juristisch gegen jene Gesetze und Verordnungen vorgehen, die zuvor von souveränen Staaten beschlossen worden sind, aber nun aus Sicht der Investorinnen den Erfolg ihrer Investitionen (oder bloß die Gewinnaussichten) gefährden. Auf diese Art und Weise werden die Möglichkeiten von Demokratien beschnitten, wichtige Anliegen der Bevölkerung (wie etwa Arbeitnehmerinnenrechte, Gesundheits- und Umweltschutz, oder Menschenrechte) ausreichend zu schützen. Darüber hinaus werden Streitigkeiten zwischen Staaten und Investorinnen unter Ausschluss der Öffentlichkeit von privaten Wirtschaftsanwälten geregelt.

Die prinzipiellen Möglichkeiten des Handelsabkommens werden zwar positiv bewertet, aber die Verhandlungen im Geheimen ermöglichen leider keine letztendlich gültige Beurteilung der Verhandlungsgegenstände. Aus diesem Grund haben sich die Verhandlungspartner an folgende Parameter zu halten:

Keine Absenkung der EU-Standards

Der EU-Gemeinschaftsbesitzstand darf nicht gefährdet werden. Das Öffnen von Märkten und eine eventuelle Wettbewerbssteigerung dürfen nicht zu Lasten des Verbraucherschutzes oder der Beschäftigungsbedingungen gehen. In Bezug auf Lebensmittel- und Verbraucherschutz muss die Europäische Kommission darauf bestehen, dass das Vorsorgeprinzip auch weiterhin gilt.

Auch wenn von Seiten der Kommission abgestritten wird, dass US-amerikanisches Hormonfleisch, Chlorhühner oder Genmais auf unseren Tellern landen könnten — Tatsache ist: Die Agrarwirtschaft der USA ist um ein vielfaches extensiver als in Europa. Und die Tierhaltung in Europa unterliegt weitaus schärferen Normen als in den USA. Die Vereinigten Staaten haben weder das Kyoto-Abkommen, noch das UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt unterzeichnet.

Datenschutz

Datenschutz sollte von der TTIP nicht geregelt werden, und die EU-Datenschutzgesetzgebung sollte verabschiedet werden und in Kraft treten, bevor das TTIP-Abkommen in Kraft tritt.

Regulierung der Finanzmärkte

TTIP muss bindende und gemeinsame Maßnahmen hinsichtlich der Regulierung der Finanzmärkte umfassen, einschließlich Vorschriften für finanzielle Dienstleistungen und Finanzmarktprodukte

Arbeitnehmerrechte

TTIP bietet die Möglichkeit, die Arbeitnehmerrechte in den USA zu verstärken. Die grundlegenden Normen der ILO über Vereinigungsfreiheit, die Anerkennung von Gewerkschaften und die Einrichtung von Betriebsräten sollten in diesem Zusammenhang als Richtlinie verwendet und im Vertrag selbst eingebettet werden. Deshalb bestehen wir darauf, dass die USA die ILO-Kernarbeitsnormen auf föderaler und subföderaler Ebene vollständig und wirksam umsetzt.

Kein Spiel mit öffentlicher Auftragsvergabe

Weil TTIP die Öffnung der öffentlichen Auftragsvergabe für Privatunternehmen vorsieht, droht in den EU-Mitgliedstaaten ein weiteres Dumping: Theoretisch könnte sich z.B. ein texanisches Unternehmen auf eine Ausschreibung einer niederösterreichischen Gemeinde melden.

Privatisierungen öffentlicher Aufgabenbereiche, z.B. der Wasserversorgung, könnten forciert werden. Jegliche Tendenz in diese Richtung wird entschieden abgelehnt. Denn eins muss uns klar sein, um es mit den Worten von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Vorsitzender des Bayrischen Städtetages zu sagen: „Wer heute den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge verschläft, wacht morgen ohne Daseinsvorsorge auf“.

Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Investoren und dem Staat

In der Vergangenheit hat der ISDS privaten Investoren ermöglicht, Gerichtsverfahren gegen von souveränen Staaten erlassene Rechtsvorschriften einzuleiten. International nutzen Konzerne diese Klagemöglichkeit immer häufiger, um gegen gesetzliche Bestimmungen vorzugehen, durch die sie ihre Profite gefährdet sehen. So verklagte beispielsweise die griechische Marfin-Investmentgruppe, die bei der verstaatlichten zypriotischen Pleite-Bank Laiki große Anteile erworben hatte, die dortige Regierung - wegen entgangener Gewinne.

Und in der Bundesrepublik verklagt der schwedische Stromriese Vattenfall derzeit die Regierung wegen der mit dem Atomausstieg verbundenen wirtschaftlichen Nachteile. Es geht dabei um etwa vier Milliarden Euro.

Eine Aufnahme von ISDS in diese Vereinbarung ist entschieden abzulehnen, da beide Parteien soliden Regeln und Rechtsprinzipien unterliegen, und zuverlässige und gut entwickelte Rechts- und Justizsysteme aufweisen.

Kein Unterlaufen der Demokratie

Kein im Rahmen der TTIP geschaffenes Konsultativorgan darf die Gesetzgebungsbefugnisse und Vorrechte des Europäischen Parlaments verletzen.

Transparenz der Verhandlungen

Die Geheimhaltung der Verhandlungen ist nicht nur aus demokratischer Sicht fragwürdig; sie verhindert auch eine öffentliche, auf Fakten anstatt auf Gerüchten beruhende Debatte. Wir fordern, dass alle Verhandlungsdokumente für das Europäische Parlament und den Rat zugänglich gemacht werden.

In Anbetracht dessen wird der

Antrag

gestellt, der Gemeinderat der Marktgemeinde Rossatz-Arnsdorf möge in seiner Sitzung am 15. September 2015 Folgendes beschließen:

RESOLUTION

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Rossatz-Arnsdorf fordert die österreichische Bundesregierung und die österreichischen Abgeordneten im EU Parlament dazu auf, entsprechend der obigen Resolution und Kernpunkte auf Ebene der Kommission und des Rates zu agieren. Österreich soll sich für einen transparenten Weg im Sinne der Bürgerinnen einsetzen und nicht für Geheimverhandlungen zum Wohl internationaler Konzerne. Dem transatlantischen Freihandelsabkommen ist die Zustimmung solange zu verweigern, bis folgende Punkte klargestellt sind:

1. Die Bürgerinnen der EU-Mitgliedstaaten sind umfassend über den Stand und Inhalt der Verhandlungen zu informieren.
2. Die europäischen und nationalen Konsumentenschutzbestimmungen und Umweltstandards dürfen nicht zu Gunsten von Konzerninteressen ausgehebelt werden.
3. Der Schutz der europäischen und nationalen Arbeitnehmerrechte, sowie die hohen nationalen Ausbildungsstandards müssen gewahrt bleiben.
4. Investor-Staat-Klagen (Investor-to-state dispute settlement) vor einem Schiedsgericht bestehend aus Wirtschaftsanwälten dürfen aufgrund von funktionierenden Rechtsstaaten nicht Bestandteil eines Freihandelsabkommens sein.

Antrag des Gemeindevorstandes :

Der Gemeinderat möge die vorstehende Resolution betr. TTIP "Transatlantischen Handels-und Investitionsabkommen" beschließen.

Beschluss:

Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7.) BESTANDSVERTRAG VIA DONAU - ROLLFÄHRE WARTEHÄUSCHEN ARNSDORF

Sachverhalt:

Der Bgm. informiert, dass von der via donau ein Bestandsvertrag für das neu errichtete Rollfähre-Wartehäuschen übermittelt wurde. Da das Wartehäuschen nicht zum Rollfäห์rebetrieb gehört, muss nun ein jährlicher Bestandszins von € 207,60 (wertgesichert) und eine einmalige Gebühr für die Vertragserrichtung von € 180.-- entrichtet werden.

Es handelt sich dabei um die Parz.Nr. 631 KG Oberarnsdorf und der Vertrag läuft befristet vom 01.01.2015 bis 31.12.2024.

Antrag des Gemeindevorstandes :

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Bestandsvertrag mit der via donau für das Rollfähre-Wartehäuschen auf Parz.Nr. 631 KG Oberarnsdorf beschließen.

Beschluss:

Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

8.) WELTKULTURERBE - ANTRAG WACHAULIMES

Sachverhalt

Dazu berichtet der Bgm., dass Ende Juli-Anfang August 2 Männer von der Fa. Schnabl Consulting e.U. aus Wien die vorhandenen römischen Wachtürme in Bacharnsdorf, St. Lorenz und Rossatzbach besichtigt haben. In St. Lorenz bei der Fam. Leitner war auch er dabei und die Wohnung ist wahrscheinlich der einzige bewohnte "Römerturm" in Österreich und es sind auch noch die Mauern und Schießscharten deutlich zu sehen. Ziel der Untersuchungen ist, die römischen Wachtürme als Weltkulturerbe-Donaulimes einzureichen und dazu ist folgender Gemeinderatsbeschluss erforderlich.

Antrag des Gemeindevorstandes :

Die Marktgemeinde Rossatz-Arnsdorf steht der geplanten Welterbe-Einreichung positiv gegenüber und erklärt ihrerseits, die properties (Kernzonen) und buffer zones (Pufferzonen) im Falle einer Aufnahme des Donau-Limes in Bayern und Österreich in die Liste des UNESCO-Welterbes in allen Planungen der Gemeinde und insbesondere im Rahmen der Raumordnung entsprechend zu berücksichtigen.“

Beschluss:

Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9.) SCHULSTARHILFE 2015/2016

Sachverhalt:

Der Bgm. berichtet, dass es heuer in der Volksschule Hofarnsdorf 10 SchulanfängerInnen gibt. An die Eltern dieser Kinder soll wie in den Vorjahren eine Schulstarthilfe in der Höhe von € 100.-- pro Kind ausbezahlt werden. Der Auszahlungsmodus soll so wie im Vorjahr sein, dass nach dem Gemeinderatsbeschluss die Eltern verständigt werden und der Betrag dann auf das angegebene Bankkonto überwiesen wird.

Es wird anschließend kurz darüber diskutiert, warum nur Schulanfänger der Volksschule Rossatz-Arnsdorf die Schulstarthilfe erhalten sollen.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Schulstarthilfe in der Höhe von € 100.-- pro Kind für das Schuljahr 2015/2016 an alle Schulanfänger der Volksschule Rossatz-Arnsdorf ausbezahlt wird.

Beschluss:

Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10.) VERGABE VON EHRENZEICHEN (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

(siehe Protokolle über nicht öffentliche Gemeinderatssitzungen)

11.) BERICHTE UND ANFRAGEN

Der Bgm. berichtet von einer 3-fachen Ausschusssitzung (**Wasser-Kanal, Straßen-Wege-öff.**

Beleuchtung-Rollfähre und Schule-KG-**Bau**-Friedhof) am 03.09.2015. Es wurde dabei das Projekt "Baugründe Bundesforste Hofarnsdorf" vorgestellt. Alle geplanten Leitungen (Wasser, Kanal, Strom, etc.) und der Straßenverlauf wurden erklärt. Derzeit sind bereits die Niveauänderung und 4 Gebäude bewilligt. Da bei diesem Projekt auch betreubares Wohnen geplant ist, wurde mit Robert Moser (gebürtiger Rühsdorfer), Vizebgm. Hirnschall, Arch. Heinrich Maier, Ing. Michael Hick und ihm ein Pflegeprojekt in Podersdorf besichtigt, welches auf Vereinsbasis geführt wird. Dieses Projekt wäre auch für die Durchführung in unserer Gemeinde eine Möglichkeit.

Ein weiteres Projekt wurde auch in St. Georgen im Ybbsfelde besichtigt, welches auf eine andere Art und Weise abläuft und in unserer Gemeinde wahrscheinlich auch anwendbar wäre.

Es soll daher in unserer Gemeinde eine Projektgruppe "Betreubares Wohnen" gebildet werden und er ersucht die Mitglieder des Gemeindevorstandes nach der Sitzung zu einer 1. Besprechung, um dieses Projekt "ins Laufen" zu bringen.

Danach verliest der Bgm. ein Schreiben des Bundeskanzleramtes vom 03.07.2015, in dem auf die Resolution betr. KPC, welche vom Gemeinderat am 23.06.2015 beschlossen wurde, geantwortet wird.

Dann informiert der Bgm. über die Problematik mit den Flüchtlingen. Es wurden von Gemeinde und Pfarre zwei Infoschreiben an die Bevölkerung versendet und es haben sich 6 Wohnungsbesitzer gemeldet. Lt. Fa. Eder, eine vom Land NÖ empfohlene "Profifirma" in Sachen Flüchtlingsunterbringung, entsprach aber kein Lt. Fa. Eder, eine vom Land NÖ empfohlene "Profifirma" in Sachen Flüchtlingsunterbringung, entsprach aber keine Wohnung den sehr hohen Qualitätskriterien. Nun besteht wieder die Gelegenheit Flüchtlinge unterzubringen und zwar im Haus von Frau Dworak in Rühsdorf 37 und eine Wohnung von Veronika Suchy in Rossatz 22 - beide Wohnungen sind elektrisch zu heizen, was eine Voraussetzung für eine Unterbringung ist. Weiters spricht der Bgm. GR Sabine Weingart und ihrem Gatten Georg Dank und Anerkennung, für die Unterstützung der Flüchtlinge in Traiskirchen, aus. Beide fuhren mehrmals mit Privat-PKW mit Sach- und Geldspenden ins Flüchtlingslager und verteilten diese dort persönlich unter den Flüchtlingen.

Vizebgm. Hirnschall dankt GGR Josef Bergkirchner, Gerald Lukschanderl und Franz Hirnschall für die Malarbeiten im Aussenbereich der Aufbahrungshalle in Hofarnsdorf. Heurigenwirt Johannes Glück stellte dankenswerter Weise eine Gratis-Jause zur Verfügung.

GGR Thumhart berichtet, dass die Campingsaison bis jetzt ausgezeichnet verläuft. Im Juli gab es über 8.000 Gesamtübernachtungen in der Gemeinde und davon 2/3 am Campingplatz.

GR Polz DI Peter informiert, dass die Vorbereitungen auf den Advent im Schloss gut verlaufen. In der VA-Halle sind jedoch noch Standplätze frei.

Weiters sagt GR Polz, dass betr. der Flüchtlinge die Anforderungen bei der Caritas nicht so hoch sind wie bei der Fa. Eder.

Betr. der Aussendung der Gemeinde an die Vereine wegen der Aufstellung der Anschlagtafeln sagt er, dass manchmal nicht genügend Tafeln zur Verfügung standen, weil andere Vereine diese Tafeln noch nicht zurückgebracht hatten. Es soll dies bei der Besprechung Veranstaltungskalender 2016 nochmals besprochen werden und vielleicht können gemeinsame Aufstellplätze festgelegt werden. Bgm. sagt dazu, es dürfen in Zukunft nur mehr die von den Vereinen angekauften Anschlagtafeln verwendet werden.

GR Ing. Sigl sagt, dass beim Holzweg in Rossatz noch 2 zusätzliche Wander-Hinweistafeln Richtung Seekopf angebracht werden sollten. Er wird der Gemeinde die genauen Standorte bekannt geben.

GR Hubmaier Johanna sagt, dass beim Servitutweg in Hofarnsdorf (bei Haus Hahn Nr. 7) eine Stufe beim Abgang kaputt ist. Sekr. Schütz sagt, dies wurde bereits von der Fam. Hahn gemeldet und wird demnächst saniert.

GGR Hutschala informiert, dass am 9.- und 10. Oktober im Chemiepark Krems eine Vorführung über die ehem. Krems-Chemie gibt.

GR Weingart berichtet, dass der Badestrand in Rossatzbach bereits wegen der Starnacht abgesperrt ist und nicht benützt werden kann. Sekr. Schütz sagt, er wird sich über den Grund der Sperre, wahrscheinlich aus Sicherheitsgründen, erkundigen.

Weiters bedankt sich GR Weingart bei allen Helfern und Spendern von Hilfsgütern für die Flüchtlinge in Traiskirchen. Sie und ihr Gatte waren insgesamt 5 x im Flüchtlingslager und man kann sich die chaotischen Zustände, wenn man dies nicht selbst gesehen hat, nicht vorstellen. Es sollte sich Jede(r) überlegen, ob er nicht eine Wohnung bzw. ein Haus für diese armen Menschen zur Verfügung stellen kann. Es wird noch eingehend über die Situation der Flüchtlinge diskutiert.

GR Weingart lädt zu ihrem "Einstand" im Gemeinderat alle Anwesenden im Anschluss an die Sitzung zu Speis und Trank ein.

GGR Weiß meint, dass es bei der letzten 3-fach Ausschusssitzung betr. "Baugründe Bundesforste Hofarnsdorf" besser gewesen wäre, den gesamten Gemeinderat einzuladen, da sowieso die meisten Gemeinderatsmitglieder in diesen Ausschüssen vertreten waren.

Weiters informiert GGR Weiß über das geplante Programm vom Advent in Schloss und es sind derzeit 22 Teilnehmer angemeldet.

GR Hubmaier Erich meint, dass das Dach vom Grünschnittplatz beim ASZ in Kienstock sehr hoch und landschaftsstörend ist. Der Bgm. sagt dazu, dass die Höhe notwendig war, damit die LKW den Grünschnitt aufladen können.

GR Ing. Bamberger-Arleth berichtet, dass in den Ferien im Kindergarten und in der Volksschule, sowohl Innen, als auch Aussen Malerausbesserungsarbeiten durchgeführt wurden. Auch wurde im Kindergarten eine Sitzgarnitur neu überzogen und im Turnsaal der Volksschule der Prallschutz teilweise erneuert.

Weiters wurde von der Fa. Feldhofer&Ott eine Überprüfung der Kinderspielplätze, Turnsäle und Tafeln in der Volksschule durchgeführt.

GR Donnemiller fragt an, wodurch die Verbücherung des Teilungsplan bei den Baugründen am Mitterweg in Rührsdorf verzögert wird, da Michael und Manuela Weiß bereits mit dem Wohnhausbau beginnen wollen. Bgm. sagt dazu, ein Bauwerber will ein Grundstück kaufen, das aber 3 Besitzern gehört. Da er auch zwei Parzellen vereinigen will und der vorgelegte "Muster-Bauplan" nicht den Vorschriften der Wachauzonen entspricht, findet am 21. September eine Besprechung mit Dr. Aichinger-Rosenberger, DI Christa Schmid, dem Bauwerber und ihm statt, um die Angelegenheit zu klären. Danach kann der Teilungsplan erledigt und die Eintragung ins Grundbuch durchgeführt werden.

GR König fragt an, was mit dem "Baumunfall" in der Au in Rührsdorf, wo eine Frau verletzt wurde, herausgekommen ist. Der Bgm. sagt dazu, es gibt ein Schreiben vom Rechtsanwalt der verletzten Frau und ein Antwortschreiben, ebenfalls vom Rechtsanwalt, der Gemeinde. Es wurde bei der Versicherung eine Schadensmeldung gemacht und was dann tatsächlich "herauskommt" ist noch nicht klar.

GGR Bergkirchner fragt, ob es betr. des Torbogens zwischen Kirche und Schloss in Hofarnsdorf schon eine Antwort der HTL-Krems gibt. Sekr. Schütz sagt, Herr Schadinger von der HTL wurde im Juli angeschrieben, ob das Projekt für seine Schüler interessant ist. Es gibt noch keine Rückmeldung und er wird nochmals ein Erinnerungsschreiben übermitteln.

Vizebgm. Hirnschall gratuliert abschließend noch Bgm. Polz zu seinem Geburtstag, den er am 8. September gefeiert hat.

g.g.g.

Der Schriftführer:

P. Felix
H. Hubmaier

Der Vorsitzende:

Romanella Krenn

S. Hubmaier

And. Hubmaier

Hubmaier C.

J. Hubmaier
Leitner-Schulz

Der Vorsitzende:

Polz

Hirnschall

König

Gottmann
Hubmaier

